

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 10.05.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:11 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	vertritt Herrn Andreas Scholtyssek
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	vertritt Herrn Dr. Diaby, Karamba
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Scholtyssek	CDU	wird vertreten von Frau Ulrike Wünscher
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	wird vertreten durch Herrn Hopfgarten, Klaus
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und informiert, dass durch die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen wurde. Dieser Tagesordnungspunkt ist somit abzusetzen.

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, bittet um Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.1, da der Verwaltung weitere Fragen gestellt wurden, welche noch nicht beantwortet seien. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass eine Anfrage im übertragenen Wirkungskreis unzulässig sei. Es könne maximal die Verwaltung gebeten werden. Da die Verwaltung hier schon prüfe, könne der Antrag für erledigt erklärt werden. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, merkte an, dass die Verwaltung zu diesem Antrag eine Stellungnahme abgegeben habe. Die Verwaltung hätte diesen Antrag aufgrund des übertragenen Wirkungskreises nicht behandeln dürfen. Er regte an, dass im Hauptausschuss zu klären sei, wie zukünftig die Verwaltung bei solchen Anträgen verfare.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2012
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Kündigung der im Dezernat Planen und Bauen verwalteten Mitgliedschaften
Vorlage: V/2012/10622
5. Anträge von Fraktionen
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten
Vorlage: V/2012/10373

abgesetzt

vertagt

- 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen
Vorlage: V/2012/10419
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2012

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den TOP. Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 13.03.2012.
Herr Paulsen bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Kündigung der im Dezernat Planen und Bauen verwalteten Mitgliedschaften Vorlage: V/2012/10622

Abstimmungsergebnis: abgesetzt,
da Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen wurde

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Mitgliedschaften im

- "Unabhängigen Institut für Umweltfragen e. V. (UfU)" (Fördermitglied)
- Verband Naturpark „Unteres Saaletal“ e. V.
- Verein „Gartenträume – historische Parks in Sachsen-Anhalt e.V.“

zum 31.12.2012 zu kündigen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten Vorlage: V/2012/10373

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung einer Verkürzung oder Aufhebung der Sperrzeiten (außerhalb von Wohngebieten) nach § 3 der Verordnung über die Festsetzung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten.

zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen Vorlage: V/2012/10419

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragsteller. **Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, begründet die Antragstellung durch seine Fraktion. **Frau Godenrath, Leiterin des Ressort Zentrale Dienste im Hauptamt**, stimmt für die Verwaltung dem Antrag zu und verweist auf die Stellungnahme.

Herr Misch, CDU-Fraktion, verwies auf die Altölverordnung und regte an, dass die Verwaltung immer die kostengünstigere Variante wählen solle. Es sei aus Umweltgründen egal, ob das Öl gewechselt oder einer Dialyse unterzogen werde, da die Bestimmungen der Altölverordnung eine entsprechende Entsorgung vorschreiben. Die Verwaltung solle prüfen, ob die Öldialyse kostengünstiger sei und solle dann im Ausschuss berichten. **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass der Antrag anders laute. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, wies darauf hin, dass dem Antrag folgender Satz hinzugefügt werden könne: „Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.“ Weiterhin wies er darauf hin, dass das Prüfergebnis auch im Finanzausschuss mitgeteilt werden solle, da die Entscheidung mit Kosten verbunden sei. **Herr Hopfgarten** begrüßte den Vorschlag und teilte mit, dass der vorgeschlagene Satz im Antrag angefügt werde. **Herr Dr. Rürup, CDU-Fraktion**, merkte an, dass im Finanzausschuss auch der Nutzen dargestellt werden müsse. **Herr Misch** hält die Behandlung im Finanzausschuss für überflüssig. Es sollten die Ergebnisse erst im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vorgestellt werden. Danach könne man immer noch in andere Ausschüsse verweisen.

Es gab keinen weiteren Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung des geänderten Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, die sogenannte Öldialyse bei Fahrzeugen des Fuhrparks der Stadtverwaltung sowie der Eigenbetriebe der Stadt Halle (Saale) anzuwenden. Daneben macht die Stadtverwaltung ihren Einfluss auf städtische Unternehmen geltend, eine solche Prüfung ebenfalls durchzuführen.

Ergänzung: **Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.**

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, informierte zum aktuellen Bearbeitungsstand des Brandschutzbedarfsplanes. Zurzeit laufe das Anhörungsverfahren bei den Freiwilligen Feuerwehren. Anschließend werden die eingereichten Änderungsvorschläge und Anregungen innerhalb der Verwaltung abgestimmt und dann dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte mit, dass sich ein Anwohner am Stadion aufgrund der Parkplatzsituation an Spieltagen beschwert hat. Der Streit endete mit einem verwaltungsgerichtlichen Vergleich. Dieser wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, informierte zum sogenannten „Rockerkrieg“ in Halle. Er bestätigte die Berichterstattungen in den Medien. Zurzeit laufen die Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte mit, dass der Stadtrat jederzeit Anspruch auf vollständige Informationen habe, auch wenn es sich um Anfragen oder Anträge im übertragenen Wirkungskreis handle. Der Antrag zu TOP 5.1 müsse abgelehnt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.1 Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Herrn Sturm. **Herr Sturm, Leiter des Teams Verkehrsorganisation/ Nahverkehr**, informierte zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht und verwies auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im session eingestellt wurde. Weiterhin informierte er darüber, dass im Zuge von Anordnungen, die die Radwegebenutzungspflicht in Straßen mit Lichtzeichenanlagen (LZA) aufheben, erhöhte Kosten auf den Träger der Straßenbaulast zukommen. So wurde der UVB durch das Ressort 66.2 mitgeteilt, dass in einer Straße, die durch die nördliche Innenstadt verläuft und die drei Lichtzeichenanlagen besitzt, Kosten für die Anpassung allein dieser drei LZA (Neuberechnung aller Steuerprogramme) entstehen, die sich auf insgesamt ca. 22.000,00 € belaufen. Da es noch weitere Straßen gibt, die LZA besitzen und in denen die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben werden könnte, wird diese Art der Folgekosten bei der Wegnahme der Radwegebenutzungspflicht noch wesentlich weiter steigen. Weiterhin erläuterte er, dass im Zuge von Anordnungen, die die Radwegebenutzungspflicht in Straßen mit oder ohne Lichtzeichenanlagen (LZA) aufheben, erhöhte Kosten auf den Träger der Straßenbaulast zukommen, weil zusätzliche Markierungen (Symbol Rad) auf den dann nichtbenutzungspflichtigen Radverkehrsanlagen notwendig werden, die bei Fortdauer der Benutzungspflicht nicht benötigt werden, da ja in diesem Fall die „blauen“ Verkehrszeichen die Radfahrer informieren. Die Markierungen stellen keinen Komfort dar. Sondern sie müssen gem. VwV StVO in regelmäßigen Abständen markiert werden. Auch die Wegnahme/Entfernung von Verkehrszeichen/Verkehrszeichenmasten kostet Geld. Der Baulastträger wurde deshalb gebeten, bei jeder Straße die überprüft wird, alle Kosten abzuschätzen, die durch die Wegnahme der Radwegebenutzungspflicht entstehen. Zusammenfassend warb er dafür, dass der Stadtrat über alle entstehenden Kosten der Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht informiert wird. Es sei auch für zwingend geboten, die Kosten dem laufenden Haushalt der Baulastträgers und hier des Ressorts 66.2 nicht zu entnehmen sondern dafür eine eigene und unabhängige Kostenstelle zu schaffen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragt nach dem Sinn der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht, da das Gefährdungspotenzial sehr groß sei, wenn die Fahrräder auf die Straße gelenkt werden und ein gut ausgebauter Fahrradweg vorhanden sei. **Herr Sturm, Leiter des Teams Verkehrsorganisation/ Nahverkehr**, wies darauf hin, dass 1997 das Straßenverkehrsrecht novelliert wurde und die Anordnung nur getroffen werde, wenn bestimmte Kriterien vorliegen. Das Landesverwaltungsamt habe nun die Auflage erteilt, verstärkt zu prüfen. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, wies auf das Gebot auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.11.2010 für Kommunen, benutzungspflichtige Radverkehrsanlagen auf ihre Benutzungspflicht zu untersuchen, hin. Daraufhin dürfen Zeichen nur aufgestellt werden, wenn dies zwingend erforderlich sei. Die Verwaltung prüfe die Radwegebenutzungspflicht und die Rechtslage bei allen Straßen anhand des Leitfadens zur Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht in Mainz (Mainzer Katalogs).

Herr Misch fragte unter Bezugnahme auf den statistischen Quartalsbericht I/2012 S. 9, wonach die Stadt Halle (Saale) hier an der Spitze hinsichtlich der Straftat „Sachbeschädigung“ steht, ob sich daraus für den betreffenden Bereich besondere Konsequenzen ableiten. Die Verwaltung sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Misch wies darauf hin, dass im Halleforum durch Herrn Dr. Wiegand Stellung bezogen wurde zum neuen Polizeigesetz. Demnach solle ein Alkoholverbot auf dem Marktplatz ausgesprochen werden. Er merkt an, dass in der Gefahrenabwehrverordnung in Halle vieles geregelt wurde, woran sich ein großer Teil der Bevölkerung nicht halte. Die Stadt mache keine Kontrollen. Dies könne doch dann gleich abgeschafft werden. **Herr Dr. Wiegand** informiert, dass es sich hier um Plätze handelt. Hintergrund sei ein verhängtes Alkoholverbot der Stadt Magdeburg für den Hasselbachplatz. Ein dazu geführtes Gerichtsverfahren verlor die Stadt Magdeburg. Mit dem Polizeigesetz hat Halle die Möglichkeit, angemessen auf vergleichbare Situationen zu reagieren. Des Weiteren sei er der Meinung, dass sich fast alle Bürger an die Gefahrenabwehrverordnung und andere rechtliche Bestimmungen halten. Trinken im öffentlichen Raum ist grundsätzlich zulässig.

Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE, bittet um eine Überprüfung der Verkehrsregelung zwischen Franckeplatz und Maritim (Abriss Hochhaus) für Fußgänger und Fahrradfahrer, hier erscheint die Regelung sehr unübersichtlich. Die Verwaltung sichert die Überprüfung zu, es wird schriftlich geantwortet.

Zur Niederschrift vom 13.03.2012 auf S. 11 (Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen *in der Nähe* von Fußgängerüberwegen) bittet **Frau Krischok** um eine Definition zu „in der Nähe“. Diese erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Frau Krischok fragte danach, ob in der Leipziger Straße die Aufstellung der Auslagen kontrolliert wird, da durch diese Fußgänger behindert würden. Die Verwaltung wird das schriftlich beantworten.

Frau Krischok hat die schriftliche Antwort zu den „geschützten Grabmalen“ erhalten und hat festgestellt, dass eine Vielzahl davon sich in einem schlechten Zustand befindet. Sie stellte die Frage, wer für die Instandhaltung dieser kulturhistorischen Grabmale zuständig sei, dafür müssten nach ihrer Ansicht finanzielle Mittel doch vorhanden sein. Die Verwaltung wird eine schriftliche Antwort geben.

Frau Krischok möchte gern wissen, warum die Einbindung der Freiwilligen Feuerwehren zum Brandschutzbedarfsplan erst jetzt erfolge. **Herr Dr. Wiegand** informiert, dass es sich um ein umfassendes komplexes Verfahren handle. Die Freiwilligen Feuerwehren waren in diesem Verfahren von Anfang an eingebunden. Die Zuarbeiten hat die Verwaltung zusammengetragen und nun die Freiwilligen Feuerwehren nochmals beteiligt. Weiterhin wird auch ein externer Gutachter bei der Erstellung des Brandschutzbedarfsplans mitwirken. **Herr Halko, stellvertr. Amtsleiter**, ergänzte, dass zurzeit die Dezernatsbeteiligung laufe.

Frau Krischok fragte nach, ob der Poller in der Dieselstraße durch die Feuerwehr und dem Rettungsdienst genutzt werden dürfe. **Herr Halko** bestätigte die Aufnahme der Poller in die Regelungen.

Frau Krischok möchte gern wissen, ob der erfolgte Anbau der Südwestwache im April dieses Jahres auch den neuen DIN-Vorschriften entspricht. **Herr Halko** wies darauf hin, dass der

Anbau nach der alten DIN erfolgte. Es sei aber davon auszugehen, dass dieser auch den Anforderungen der DIN entspricht.

Frau Krischok fragte danach, ob es eine Prioritätenliste für die Fußwege gäbe, da auch viele Unfälle auf Fußwegen zu verzeichnen sind. **Herr Rothe, Ressortleiter Straßenverkehr**, nimmt die Anfrage zur Prüfung in die Verwaltung mit, es wird schriftlich geantwortet.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE, möchte wissen, ob es richtig sei, dass die Stadtverwaltung die Bushaltestelle für Seniorenreisen in die Buddestraße hinter das Landesverwaltungsamt gegen den Willen der Reiseunternehmen gelegt habe. **Herr Rothe** informierte, dass eine Veränderung aufgrund von Baumaßnahmen anstehe.

Frau Leibrich sprach nochmals die diffuse Beleuchtung im schwarzen Weg an, da habe sich entgegen den Aussagen von Herrn Stäglin immer noch nichts geändert. Sie fragt, wann sich hier endlich die Situation ändert. Es wird schriftlich geantwortet.

Frau Leibrich fragt unter Verweis auf den Permagarten in der Silberhöhe danach, ob dem Initiativkreis eine Übersicht für weitere geeignete Freiflächen in der Stadt Halle (Saale) gegeben werden kann. Die Verwaltung wird dies prüfen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragt nach dem Terminplan für den Klimaschutzaktionsplan. **Herr Johannemann, Ressortleiter Untere Behörden**, gab bekannt, dass dieser voraussichtlich im Juli 2012 vorliegen werde.

Herr Paulsen fragte nach, ob für den Zensus eine Auswertung erfolgen wird. **Frau Lachky, Amtsleiterin**, verweist darauf, dass die Stadt hier nicht Herr der Daten ist und auch der Zeitraum der Auswertung durch das Land nicht bekannt ist. Sie sichert eine schriftliche Auswertung im Rahmen der Möglichkeiten dazu zu.

Herr Paulsen fragt zu den lfd. Nr. 149 und 150 in der Baumfällliste, warum zu diesen Bäumen bereits jetzt eine Begehung stattgefunden hat, obwohl die Fällung derzeit noch potentiellen Charakter habe. Auch erscheinen die dazu erfolgten Ausführungen unkonkret. Das Protokoll der Baumschau der BSK vom 15.03.2012 dazu befindet sich auch noch nicht im Netz.

Zur lfd. Nr. 145 erbittet er Aufklärung, wie der Unterschied von 15 Bäumen (alt) zu 5 (neu) zu verstehen ist.

Zur Baumschutzkommission fragt er an, welche Mitglieder darin vertreten sind und wie das Procedere der Bildung und Berufung ist. Dazu sollte eine allgemeine Information im Netz erfolgen bzw. vorhandene Informationen überprüft werden.

Die Verwaltung sichert die Antworten schriftlich zu.

Herr Busse, CDU-Fraktion, möchte gern wissen, ob ausgemusterte Geräte von der Berufsfeuerwehr den Freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden. Herr Halko informiert, dass dies je nach Zustand des Gerätes unterschiedlich sei. Manches werde den Freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellt, andere werden versteigert.

Herr Paulsen versteht nicht, nach welchen Kriterien die Entscheidung zur Radwegebenutzungspflicht erfolgt. **Herr Sturm** sichert seitens der Verwaltung eine schriftliche Nachreichung zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Herr Misch, CDU-Fraktion, regte an, dass sich die Verwaltung mal das Fahnenmonument anschauen soll.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.06.2012

Oliver Paulsen
Ausschussvorsitzender

René Müller
Protokollführer